

## **Freikirchen bestätigen Haltung zur Minarettinitiative**

**Die Minarettinitiative ist unter evangelischen Christen umstritten. Dies führte auch an der Leiterkonferenz der Freikirchen am 27. März in Bern zu einer erneuten Diskussion. Und zu innovativen Ideen. Zudem will der Verband in Zukunft unter einem neuen Namen auftreten.**

Nachdem sowohl der Freikirchenverband (VFG) wie auch die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA) eine Ablehnung der Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten empfohlen hatten, meldeten sich engagierte Befürworter des Volksbegehrens zu Wort. Die Leiter und Delegierten der freikirchlichen Verbände stellten fest, die Meinungen würden zum Teil sehr emotionsgeladen vertreten. Es sei daher wichtig, sachlich zur Aufklärung der Gemeindeglieder beizutragen. Ein zentrales Argument, das in der Diskussion von mehreren Votanten vorgebracht wurde, lautete: Es kann nicht Aufgabe der Freikirchen sein, die Religionsfreiheit anderer Minoritäten einzuschränken. Minoritäten, welche den Zeitgeist herausfordern, könnten früher oder später selbst Opfer von Restriktionen werden, wurde betont. Ein Votant wies darauf hin, dass der Schweizerische Israelitische Gemeindeverband die Initiative ablehne, obwohl auch die Juden Grund hätten, den zunehmenden islamischen Einfluss zu fürchten. Die Delegierten bestätigten daher mit grossem Mehr die bisherige ablehnende Position.

### **Vorwärtsstrategie**

Die Freikirchenleiter sind sich bewusst, dass es auch in der Schweiz aggressive Formen des Islam gibt. Statt die Ängste zu verstärken, möchten sie aber Brücken schlagen statt Mauern aufbauen. Auf das Argument der Initiativbefürworter, das Volksbegehren sei geeignet, bestehende Missstände, z.B. Zwangsheiraten, zu bekämpfen, antworteten etliche Votanten, es gelte, die bestehenden Gesetze anzuwenden und nötigenfalls ihre Durchsetzung einzufordern. Dieses Anliegen will der Freikirchenverband auch bei seinem nächsten Gespräch mit Mitgliedern des Nationalrates vorbringen. Um dem Rechtsstaat zum Durchbruch auch bei heiklen Fällen zu verhelfen, seien Christen zu ermutigen, sich zu Anwälten und Richtern ausbilden bzw. wählen zu lassen.